

50 Jahre Wirtschaftsrat der CDU

Draghi: Geld bleibt weiterhin billig

Berlin (bal/dpa). Die europäische Zentralbank (EZB) wird in absehbarer Zeit nicht von ihrer Niedrigzins-Politik abrücken. Das hat EZB-Präsident Mario Draghi gestern in Berlin angekündigt.

„Der Ausstieg liegt noch in weiter Ferne, da die Inflation niedrig und die Arbeitslosigkeit hoch ist“, sagte Draghi zur Eröffnung des Wirtschaftstages. Die Preisstabilität sei gewährleistet, die wirtschaftlichen Aussichten erforderten eine üppige Geldpolitik.

Draghi lobte vor dem unionsnahen Wirtschaftsrat die von Altkanzler Gerhard Schröder geprägte Agenda 2010. Sie müsse heutzutage Vorbild für andere europäische Länder sein.



Süßes zum Geburtstag: Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie Prof. Kurt Lauk, Präsident des Wirtschaftsrates (v. l.) schnitten gestern Abend in Berlin die Torte an, die sich der unionsnahe Unternehmerflügel zum 50. Geburtstag gegönnt hatte. Bilder: dpa

Zitate

□ „Rot-Grün hat sich klar blamiert, Entschuldigung, positioniert.“

Prof. Kurt J. Lauk, Präsident des Wirtschaftsrates, zum Wahlprogramm des politischen Gegners.

□ „Schon Thomas Mann schrieb: Wer immer nur geliebt wird, ist ein Trottel.“

Mark Rutte, Ministerpräsident der Niederlande, über Deutschlands Rolle in Europa.

□ „Bei unseren Landwirten in der Schwäbischen Alb stehen heute Scheunen, da ist keine Kuh drin und kein Trecker drunter. Aber die Photovoltaik hängt auf dem Dach, und das Geld kommt.“

Günther Oettinger, EU-Kommissar für Energie, über Sinn und Unsinn des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Stichwort**Wirtschaftsrat**

Beim „Wirtschaftsrat der CDU“ handelt es sich um einen eingetragenen Verein mit Sitz in Berlin. Er wurde vor 50 Jahren, im Sommer 1963, gegründet. In Anlehnung an den bereits seit 1948 bestehenden Wirtschaftsbeirat der Union wurde der Wirtschaftsrat als „Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis“ ins Leben gerufen. Der Verein hat 11 000 Mitglieder.

Höhepunkt im Veranstaltungsjahr ist der Wirtschaftstag mit mehr als 2500 Teilnehmern. (bal)



Jürgen Fitschen, Co-Vorsitzender des Deutsche-Bank-Vorstands, warb in Berlin um Vertrauen.

Merkels Rezept: Sparen und gleichzeitig investieren

Von unserem Redaktionsmitglied DIRK BALDUS

Berlin (gl). Der Wahlkampf steht vor der Tür, und die Union schließt ihre Reihen. Trotz einiger Unstimmigkeiten über die angekündigten Wahlgewinne der CDU stärkte der Wirtschaftsflügel der Partei seiner Kanzlerin gestern Abend in Berlin den Rücken.

Angela Merkel nahm den Flankenschutz dankend an, sie gab sich vor den 2500 Mitgliedern des Wirtschaftsrates mal staatsmännisch, mal kämpferisch. Dabei wusste sie genau, was die Unternehmer im Saal hören wollten: keine höheren Steuern, kein Anstieg der Lohnnebenkosten und vor allem kein Einknicken in der europäischen Sparpolitik. „Ich

bleibe bei meinem Grundsatz, dass nur eine strikte Haushaltskonsolidierung Grundlage eines nachhaltigen Wachstums sein kann“, betonte die Bundeskanzlerin ihren Grundsatz für Deutschland, aber auch für Europa.

Der Rückblick auf die jüngsten Regierungsjahre war für Merkel gleichzeitig Ausblick auf das, was nach einer gewonnenen Bundestagswahl im September kommen werde. Die CDU-Vorsitzende: „Wir haben bewiesen, dass Konsolidierung und Investitionen zeitgleich möglich sind. Die Steuereinnahmen sind in diesem Jahr so hoch wie noch nie, und unsere strukturelle Neuverschuldung für 2014 liegt bei null Euro.“

Trotz ihres flammenden Plädoyers für ein vereintes Europa räumte die Kanzlerin ein, dass die

EU einiges besser machen könne. Es würden zu viele Dinge diskutiert, die nicht existenziell seien, kritisierte sie.

Zuvor hatte Prof. Kurt Lauk, Präsident des Wirtschaftsrates, vor den politischen Ideen im rot-grünen Lager gewarnt. Setze sich die SPD durch, gebe es für den Mittelstand eine steuerliche Mehrbelastung in Höhe von 19, bei den Grünen gar von 35 Prozent. „Da müssen sich die Linken schon arg anstrengen, um das zu übertreffen“, unkte Lauk und nannte das rot-grüne Wahlprogramm „eine Kampfansage an alle deutschen Führungskräfte“.

Mehr noch: Die bevorstehende Wahl sei eine Richtungswahl wie keine andere zuvor. „Wir wollen keine andere Republik. Wir wollen diese Republik“, gab sich der Präsident entschlossen.

Fitschen selbstkritisch

Berlin (bal). Das schlechte Gewissen war ihm anzumerken, genau so deutlich sein Werben um Vertrauen.

Jürgen Fitschen, Co-Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, hat gestern in Berlin unumwunden zugegeben, dass sein Haus in der Zeit vor der Bankenkrise kein Außenseiter gewesen sei. „Wir haben auch alles mitgemacht“, gestand er vor den Unternehmern im CDU-Wirtschaftsrat. Und bis

heute habe es die Deutsche Bank nicht geschafft, dieses verloren gegangene Vertrauen zurückzuholen.

Trotz neuer Regeln seien Finanzkrisen weiterhin möglich, sagte der Bank-Chef. Eines müsse jedoch ausgeschlossen sein: Scheide künftig ein Geldinstitut aus dem Markt aus, müsse dieser Schritt möglich sein, ohne dass der deutsche Steuerzahler dafür zahle.

Glocke Interview**Ein Mehr nur über Wachstum möglich**

Berlin (bal). Der Wirtschaftsrat der CDU feiert in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen. Anlässlich des Wirtschaftstages sprach „Die Glocke“ mit dem Präsidenten Prof. Kurt J. Lauk (Bild), der gestern für zwei Jahre wiedergewählt wurde.

„Die Glocke“: Herr Prof. Lauk, warum sollten die Entscheider in der Politik auch im 50. Jahr seines Bestehens auf den Wirtschaftsrat hören?

Lauk: Schon die Gründungsväter des Wirtschaftsrates, viele von ihnen Unternehmer, äußerten damals den Wunsch, wirtschaftliche Vernunft sehr viel stärker in der Politik zur Geltung zu bringen. Seit 50 Jahren stellen sich Unternehmer über ihre eigenen unternehmerischen Aufgaben hinaus für eine Zusammenarbeit im politischen Bereich zur Verfügung. Dieses Engagement ist wichtig für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

„Die Glocke“: Wie würde Ludwig Erhard die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft heute, im Jahr 2013, beurteilen?

Lauk: Er wäre sicherlich froh, dass eine Institution wie der Wirtschaftsrat immer wieder die Politik daran erinnert, den Ordnungsgedanken der Sozialen Marktwirtschaft nicht aus den Augen zu verlieren. Er hat der Politik ins Stammbuch geschrieben: „je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie“. Dabei gilt es stets zu beachten, dass Wohlstand nur dort entstehen kann, wo auch die Menschen in Deutschland bereit sind, Leistungen für erfolgreiches Wirtschaften zu erbringen.

„Die Glocke“: Auf welchen Gast des Wirtschaftstages 2013 haben Sie sich besonders gefreut und warum?

Lauk: In unserem Jubiläumsjahr können wir eine ganze Reihe herausragender nationaler wie internationaler Persönlichkeiten bei uns begrüßen. Der Wirtschaftsrat ehrt jedes Jahr eine Persönlichkeit mit der goldenen Ludwig-Erhard-Gedenk-

münze in Gold. Dieses Jahr haben wir entschieden, dass der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte diese Auszeichnung erhält. Mark Rutte steht für solide Staatsfinanzen und saubere Ordnungspolitik. Damit bewegt er sich im besten Sinne auf den Spuren Ludwig Erhards und er hat bewiesen, dass man damit auch Wahlen gewinnen kann.

„Die Glocke“: Sie haben sich als Wirtschaftsrat deutlich für das umstrittene Fracking-Verfahren zur Gasgewinnung ausgesprochen. Ignorieren Sie die Sorgen der Bürger?

Lauk: Als Industrieland sollten wir uns nicht von vornherein komplett aus neuen Technologien für heimische Erdgasförderung verabschieden. Die Technologie entwickelt sich schnell weiter. Experten prognostizieren, dass bald die Förderung von Erdgas in Deutschland mittels der Fracking-Technologie möglich sein wird, ohne dass eine Verunreinigung von Boden und Grundwasser geschieht.

„Die Glocke“: In drei Monaten wird gewählt, und die Union bindet derzeit einen hübschen Strauß teurer Wahlversprechen. Ist das der richtige Weg?

Lauk: In vielen Punkten gibt es eine große Übereinstimmung zwischen dem Wirtschaftsrat und der Union: keine Steuererhöhungen, keine Eurobonds, Ausbau der Infrastruktur und mehr Mittel für Forschung und Technologie. Zusätzliche Ausgaben stehen unter einem Haushaltskonsolidierungsvorbehalt und können deshalb nur mit neuem Wirtschaftswachstum finanziert werden.

„Die Glocke“: Bundeskanzlerin Angela Merkel ist seit Jahren Gast Ihres Wirtschaftstages. Können Sie sich vorstellen, wer ihr aus den Reihen der Union folgen könnte, wenn Sie ihr Amt nicht mehr anträte?

Lauk: Angela Merkel wird in den nächsten vier Jahren Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Sie wird in diesen vier Jahren auch unsere Wirtschaftstage beehren. Es gibt im Moment überhaupt keinen Grund dafür, weitere Spekulationen anzustellen.

Parteien zeigen Einigkeit im Bundestag

Kanzlerin sieht Finanzierung des Fluthilfefonds gesichert

Berlin (sl). Gesetzgebung im Eiltempo, um den Bürgern zu helfen: Gestern fand die erste Lesung des Gesetzes über den Fluthilfefonds statt. Bereits am Freitag soll der Bundestag es beschließen, am 5. Juli der Bundesrat grünes Licht geben. Die Aufbaumittel von acht Milliarden Euro will die Kanzlerin über höhere Schulden finanzieren. „guten Gewissens, weil der Bund durch den erfolgreichen Konsolidierungskurs der Bundesregierung solide Finanzen vorzuweisen hat“.

Im Gegensatz zu 2002, als sich der damalige Kanzler Gerhard Schröder (SPD) und Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) kurz vor der Wahl einen Schlagabtausch zum Thema Flut-

hilfe lieferten, gab es gestern kein Rede-Duell, keine taktischen Spielchen, Finten und Überraschungs-Coups. Die Kanzlerin dankt den Helfern vor Ort, all den „Freunden, Nachbarn, wildfremden Menschen“, die mit angepackt haben, und den professionellen Schutzengeln von Technischem Hilfswerk und Bundeswehr. „Sie haben Leben gerettet.“ Von „gelebter Solidarität“ spricht die Kanzlerin, erhält immer wieder Beifall.

Dann zählt Merkel akribisch auf, welche finanziellen Hilfen Bund und Länder den Betroffenen gewähren. Noch sei es zu früh für ein Fazit: Doch sie sei zuversichtlich, „dass wir diese nationale Herausforderung bewältigen“.

Malu Dreyer, Regierungschefin des oft von Hochwassern heimgesuchten Rheinland-Pfalz, fordert, die Solidarität von Bund und Ländern bei der Bewältigung der Krise fortzuschreiben: „Wir brauchen einen nationalen Pakt für den Hochwasserschutz.“ Florian Pronold, SPD-Fraktionsvize, wirft der Regierung dann vor, dass die Finanzierung des Fluthilfefonds auf Pump falsch sei. Aber er stellt deutlich klar, dass die SPD zustimmen werde.

Unterdessen warnt der Deutsche Wetterdienst (DWD) erneut vor Dauerregen und ansteigenden Flüssen in Ostachsen. Er gab für die Region Görlitz und das Erzgebirge Unwetterwarnungen heraus.



Die Schäden gehen in die Millionen: Für die Opfer der Jahrhundertflut in Deutschland stellen Bund und Länder insgesamt acht Milliarden Euro zur Verfügung. Finanziert werden soll der Fonds über höhere Schulden. Bild: dpa

US-Präsident

Obama legt Plan zu Klimaschutz vor

Washington (dpa). US-Präsident Barack Obama hat einen ehrgeizigen Plan zum Kampf gegen den Treibhauseffekt vorgelegt. Zentraler Punkt ist demnach erstmals die Reduzierung der Luftverpestung durch bestehende Kohlekraftwerke. Er werde die Umweltbehörde EPA anweisen, Regeln für bestehende und geplante Kraftwerke auszuarbeiten, sagte Obama gestern in einer Rede in der Georgetown-Universität in Washington. Die USA hätten als weltgrößte Volkswirtschaft und zweitgrößter Kohlendioxid-Luftverschmutzer auch international eine Pflicht, die Führung beim Klimaschutz zu übernehmen.

Pressestimme

□ „Dass nun Datenschützer empört aufschreien, Millionen von unverdächtige Personen seien damit ins Visier der Ermittlungsbehörde geraten, ist in diesem speziellen Fall reichlich unverständlich. Denn wie soll ein Täter, der scheinbar grundlos zuschlägt, anders gefasst werden – will man nicht auf Kommissar Zufall bauen. Am Ende stellt sich zudem stets die Frage, wen das Recht im Notfall eigentlich schützen soll: den Täter oder doch eher den unbescholtenen Bürger. In diesem Fall sollte die Antwort klar sein.“

„Märkische Oderzeitung“ (Frankfurt/Oder) zu Autobahn-Anschlägen.

Terroranschläge vereitelt



Am frühen Dienstagmorgen haben Ermittler ein Wohngebäude in Fellbach (Baden-Württemberg) durchsucht und mehrer Verdächtige vernommen. Bild: dpa

Modellflugzeuge beladen schwer steuerbar

Karlsruhe/Berlin (dpa). Ein Terroranschlag durch ein sprengstoffbeladenes Modellflugzeug? In anderen Ländern haben Terroristen das schon mehrfach vergeblich versucht. Nun haben Ermittler solche Anschlagpläne auch in Deutschland aufgedeckt.

□ **Was genau ist passiert?** Zwei Männer tunesischer Herkunft stehen im Verdacht, einen Terroranschlag mit ferngesteuerten Modellflugzeugen geplant zu haben. Die beiden sollen sich dafür gezielt Informationen und Ge-

genstände beschafft haben. Die Bundesanwaltschaft ermittelt.

□ **Wie weit waren die Anschlagpläne?** Offiziell halten sich die Behörden mit Details zu den Terrorplänen bedeckt. Nach dpa-Informationen steckten die Vorbereitungen für ein Attentat noch in einem frühen Stadium, konkrete Anschlagziele hätten sie noch nicht im Blick gehabt. Die Ermittler hatten die beiden Verdächtigen nach Angaben aus Sicherheitskreisen seit mehr als einem Jahr beobachtet.

□ **Gilt für Deutschland nun erhöhte Terrorgefahr?** Nein. In Sicherheitskreisen heißt es, die Lage sei unverändert.

□ **Ist ein Terroranschlag mit einem sprengstoffbeladenen Modellflugzeug technisch überhaupt möglich?** Modellflugzeuge können durchaus Lasten tragen, aber nicht viel. Laut Deutschem Modellfliegerverband können mit den größten Modellen (Spannweiten von 2,50 bis 3 Metern) höchstens drei bis fünf Kilogramm transportiert werden.

Wer sich mit Statik und Dynamik auskennt, kann diese Modelle dem Verband zufolge durchaus umbauen, damit sie mehr Gewicht tragen können. Allerdings bleiben Probleme bei der Steuerung: Je größer das Modellflugzeug, desto länger muss die Startbahn sein. Außerdem ließen sich Flieger, die eine Reichweite von zwei bis drei Kilometern haben, nicht mehr auf Sicht lenken, sondern nur per GPS-System. Das jedoch sei nicht punktgenau zu steuern.